



## **Niederschrift zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Montag, den 04.11.2019  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:09 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,  
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Thomas Czesky

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Thomas Blanke

Frau Cornelia Graffunder

Herr Wilfried Käthe

Herr Edgar Leisten

Herr Rolf von Lützwow

#### **Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

#### **Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

#### **Gäste**

Bürger

Gäste

13 Bürger laut Anwesenheitsliste

Herr C. Preuß - SVV

Frau M. Leisten - SVV

Herr M. Wilke - SVV

Herr S. Christ - SVV, OV Glienick

Herr M. Juricke - SVV, OV Horstfelde

Herr R. Buge - OV Schünow

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Czesky, um 19:03 Uhr eröffnet.

#### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sechs anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig.

#### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Graffunder bittet darum, den TOP 5 von der Tagesordnung zu nehmen, weil sich die Ausschüsse aufgrund der neuen Fraktion DIE LINKE/SPD neu besetzen müssen. Die Wahl eines stellv. Ausschussvorsitzenden muss daher nicht jetzt erfolgen. Des Weiteren bittet sie darum, den TOP 11.4 von der Tagesordnung zu nehmen und zu vertagen.

Frau Schreiber:

Ich empfehle die Beratung in dem jeweiligen TOP. Die Fraktion nimmt dann ggf. nach Aufruf des TOP ihren Antrag zurück.

Herr Preuß:  
Bitte TOP 11.3. bei TOP 9.6 mitbehandeln.

Abstimmung zur unveränderten Tagesordnung: 6 / 0 / 0

**zu 4      Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 25.03.2019**

Es liegen keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

**zu 5      Wahl des Stellvertreters/der Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden**

Herr Czesky:  
Es gibt einen Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Herr von Lützwow und Herr Leisten sprechen sich für eine Vertagung aus.

Abstimmung zur Vertagung wegen neuer Fraktionsbildung und damit neuer Ausschussbesetzungen auf der SVV am 04.12.2019: 6 / 0 / 0

**zu 6      Bericht aus der Verwaltung**

Der Bericht aus der Verwaltung wurde an alle Ausschussmitglieder in schriftlicher Form verteilt. Frau Schreiber macht dazu kurze Ausführungen. Die Stadtverordneten erhalten diesen Bericht in identischer Form zur Stadtverordnetenversammlung als Bestandteil des Berichtes aus der Verwaltung.

Der Bericht umfasst folgenden Punkt:  
Tierheim Zossen

Frau Schreiber stellt richtig, dass entgegen der damaligen Zeitungsmeldung nicht die Verwaltung den Vertrag mit dem Tierheim gekündigt hat, sondern das Tierheim selbst. Ein Prüfauftrag des RSO hat bis jetzt ergeben, dass nach einem Jahr Test die Kosten bei einem Viertel derjenigen liegen, die laut Fundtieraufnahmevertrag vereinbart werden sollten. Der Abschluss eines solchen Vertrages wäre rechtswidrig.

Herr Leisten:  
Das Tierheim Zossen hatte einen Antrag auf Zuschüsse gestellt. Ist die Auszahlung erfolgt?

Frau Schreiber:  
Das ist eine Frage für den Hauptausschuss. Der Hauptausschuss hatte festgelegt, dass der Zuschuss für Vereine zurückgehalten wird, bis das Ergebnis von diesem Jahr vorliegt.

**zu 7      Einwohnerfragestunde**

Herr Preuß:  
Die anwesenden Einwohner des Johneparks sollten zu TOP 9.6 Rederecht erhalten.

Herr Czesky:  
Ich würde das beim entsprechenden Tagesordnungspunkt beschließen lassen.

Herr Leisten:  
Ich unterstütze den Antrag des Herrn Preuß.

Herr Blanke:  
Wir sollten jetzt die Ordnung behalten. Die Anwohner können selber fragen, ob sie ein Rederecht erhalten.

Herr Buge:  
Ich habe eine Frage zur Beschlussvorlage Tempo 30 km/h. Ich wollte die Abgeordneten mal bitten, sich hinzusetzen und die Liste anzusehen. Ist es mit der Polizei abgesprochen? Wird diese die Kontrollen gewährleisten?  
Es wäre wichtiger ein Verkehrskonzept zur Verringerung des Verkehrsaufkommens und Vermeidung des Staus in der Innenstadt zu machen als 30-km/h-Schilder aufzustellen.

Frau Schreiber:  
Die Polizei hat nicht die Kapazitäten, um zu kontrollieren. Zum Verkehrskonzept: Der RSO müsste darüber beraten.

Frau Andrae:  
Zu TOP 9.5: man will die Straße widmen. Ein Stichfußweg führt vom Zillebogen zum schwarzen Netto. Der ist nicht begehbar.  
Wann erfolgt die Aufschüttung an der Wittlicher Brücke?

Frau Schreiber:  
Die Aufschüttung machen wir regelmäßig. Nehme ich mit.  
Von dem Zustand des Fußweges am Zillebogen wusste ich nicht.

Frau Andrae:  
Der Stichweg.

Herr Giertz:  
Ich habe dazu vor ein paar Wochen eine Mängelmeldung gemacht. Warum ist das hier nicht bekannt?

## zu 8 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Leisten:  
Die AfD hatte eine Doppelspitze beantragt. Ich hatte gehört, dass dafür eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig wäre.

Frau Schreiber:  
Der Antrag wird mit unter dem TOP 10 beraten.

Herr von Lützow:  
Wurde die Frage von Frau Andrae aus dem Protokoll vom 25.03.2019 hinsichtlich der Bekanntgabe wer wann den Versammlungsraum im Kirchplatz 7 gemietet hat an die Damen vom Schulmuseum beantwortet?

Frau Schreiber:  
Wir haben einen Mieter im Erdgeschoss. Nein, das Schulmuseum muss nicht unterrichtet werden, wenn an einen Privaten vermietet wird. Da das Galerie Café vermietet ist, ist das Thema Abschießen nicht mehr so relevant.

Frau Andrae:  
Die Frage wurde beantwortet.

## zu 9 **Beratung von Beschlussvorlagen**

### zu 9.1 **Weiterführung der StVO-Zuständigkeit gemäß § 8a Abs. 4 des Gesetzes zur Erprobung der Abweichung von landesrechtlichen Standards in Kommunen des Landes Brandenburg sowie von landesrechtlichen Zuständigkeitszuweisungen (Brandenburgisches Standarderprobungs-gesetz - BbgStEG Vorlage: 084/19**

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Weiterführung der übertragenen Aufgaben nach der Straßenverkehrsordnung gemäß § 5 Abs. 2 des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes vom 7. Juli 2007 (GVBl. Nr. 10).*

Frau Schreiber erklärt die Beschlussvorlage ausführlich.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

### zu 9.2 **Straßenbenennung der Planstraßen im Bebauungsplangebiet "Ahorning" und der "Inneren Erschließung" für das Gebiet der ehem. Infanterieschießschule sowie Straßenumbenennung eines Teilabschnittes der Rosa-Luxemburg-Straße in die alte Bezeichnung "Fichtenstraße" Vorlage: 100/19**

#### **Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Straßenbenennung*

der Planstraßen im Bebauungsplangebiet "Ahorning" und der "Inneren Erschließung" für das Gebiet der ehem. Infanterieschießschule sowie Straßenumbenennung eines Teilabschnittes der „Rosa-Luxemburg-Straße“ in die alte Bezeichnung "Fichtenstraße" gemäß gekennzeichnetem Straßenverlauf in der Anlage 1.

Frau Schreiber:

Der RSO sollte das Thema Straßenumbenennungen als Anregung dafür nehmen, zukünftig nicht mehr so kleinteilig zu arbeiten.

Herr von Lützwow kritisiert die Darstellung in der Anlage der Beschlussvorlage. Die Markierung, die den eigentlichen Parkring umgibt, wurde fälschlicher Weise als Ahorning bezeichnet. Ein Verkehrskonzept fehle da vollständig.

Frau Schreiber erläutert die von der Verwaltung angedachte Straßenbenennung ausführlich und beantwortet Nachfragen. Sie weist nachdrücklich darauf hin, dass die Baugenehmigungen erst dann erteilt werden können, wenn die Hausnummern vorhanden sind. Hausnummern kann es jedoch erst geben, wenn die Straßen benannt wurden. Namen gibt es hingegen erst, wenn die Straßen gewidmet wurden.

Frau Graffunder gibt zu bedenken, dass es schon einmal einen Beschluss dazu gab, die Rosa-Luxemburg-Straße auf keinen Fall umzubenennen.

Frau Schreiber führt an dass es ja bei einem Teilstück der Straße bei diesem Namen bleiben soll.

Herr Blanke machte deutlich, dass es sich derzeit noch um eine leere Straße ohne historische Bedeutung für ihre Bewohner handelt. Ein Bestandsschutz des Namens sei somit nicht nötig.

Abstimmung: 3 / 3 / 0

**zu 9.3 Umbenennung des Straßenabschnittes der alten B96 im GT Neuhof und Teileinziehung  
Vorlage: 108/19**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1. *Die Umbenennung des Teilabschnittes der B96 im GT Neuhof in „Neuhofer Dorfstraße“*

*oder*

2. *Die Umbenennung des Teilabschnittes der B96 im GT Neuhof in „Neuhofer Chaussee.“*

*und*

3. *Die Teileinziehung des betroffenen Abschnittes.*

Die Ausschussmitglieder diskutieren die Möglichkeiten einer Straßenbenennung und deren Folgen für die Anwohner. Da die Ausschussmitglieder nicht für eine Variante entscheiden können, bittet der Ausschussvorsitzende zunächst um Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussvorlage und dann zu Nr. 2.

Abstimmung zu 1.: 1 / 4 / 1

Abstimmung zu 2.: 2 / 3 / 1

**zu 9.4 Widmung der Verkehrsflächen "Kuckucksweg", "Fasanenring" und "Wildganssteg" in Dabendorf  
Vorlage: 111/19**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1. Die Widmung der von der Stadt übernommenen Straßen gemäß aufgeführtem Widmungsinhalt.

oder

2. Die Widmung der von der Stadt übernommenen Straßen mit Änderungen laut Protokoll.

und

3. Die Widmungsverfügungen werden im Amtsblatt veröffentlicht.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

**zu 9.5 Widmung der Straße "Zillebogen" und der Fußwege im Bereich des Bebauungsplanes "Wohnen am Zillebogen" in Zossen  
Vorlage: 112/19**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1. Die Widmung der von der Stadt übernommenen Straßen gemäß aufgeführtem Widmungsinhalt.

oder

2. Die Widmung der von der Stadt übernommenen Straßen mit Änderungen laut Protokoll.

und

3. Die Widmungsverfügungen werden im Amtsblatt veröffentlicht.

Frau Schreiber gibt zu Protokoll: Das Thema Gehweg wurde vorhin zur Kenntnis genommen und wird überprüft.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

**zu 9.6 Beantragung von Tempo-30-km/h-Zonen, Halte- und Parkverbotszonen und verkehrsberuhigten Bereichen in allen Ortsteilen der Stadt Zossen beim Straßenverkehrsamt des Landkreises Teltow-Fläming  
Vorlage: 107/19**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Beantragung von Tempo-30-km/h-Zonen, Halte- und Parkverbotszonen und verkehrsberuhigten Bereichen in allen Ortsteilen der Stadt Zossen beim Straßenverkehrsamt des Landkreises Teltow-Fläming*

- nach Zuarbeit der Ortsteile (Anlage 1)
- zur Bestätigung der vorhandenen Bereiche gegenüber dem Landkreis Teltow-Fläming (Anlage 2).

Frau Schreiber erläutert das Zustandekommen der Beschlussvorlage. Der RSO sollte sich mit der Anlage 1 befassen. Vielleicht wird für das gesamte Stadtgebiet eine einheitliche Lösung gefunden.

Nach kontroversen Diskussionen bezüglich der Wortmeldungen des Herrn Preuß zu diesem Thema (in den Augen eines Bürgers ist das Beeinflussung) nimmt Herr Czesky den Antrag aus TOP 11.3 mit in die Diskussion zu dieser Beschlussvorlage und lässt die Ausschussmitglieder über ein Rederecht für die Bürger des Johneparks abstimmen.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

Das Rederecht wurde den Anwohnern des Johneparks damit erteilt.

Frau Schreiber fasst zusammen, was das Problem im Johnepark ist:

Entgegen der falschen Aussage des Herrn Preuß war es nicht der Bauhof, der die Schilder „Verkehrsberuhigter Bereich“ abgebaut hat. Mitarbeiter des Landesbetriebes für Straßenwesen haben die Schilder abmontiert, die auf der vor dem Johnepark verlaufenden überörtlichen Straße aufgestellt waren. Diese Mitarbeiter haben auf Anordnung des Straßenverkehrsamtes des Landkreises Teltow-Fläming gehandelt. Die Schilder standen auf Privateigentum. Es hat zur Aufstellung der Schilder niemals eine Entscheidung einer anordnenden Behörde gegeben. Es gab also niemals eine rechtliche Grundlage für diese Schilder.

Herr Wojtal:

Es ist eine Frage der Zeit, bis etwas passiert. Die Straßen sind zur Rennstrecke geworden. Knöllchen für parkende Autos in der Spielstraße gibt es jetzt auch nicht mehr. Es geht um die Sicherheit unserer Kinder.

Herr Whisky:

Nachdem die Schilder „Spielstraße“ weg sind, stehen die Autos wechselseitig. Kein großes Auto kommt durch. Als ehemaliger Feuerwehrmann spreche ich das Problem an. Es kommt im Bedarfsfall auch kein Drehleiterwagen durch.

Frau Schreiber:

Der RSO muss die rechtliche Bewertung vornehmen und überlegen, ob es Kriterien gibt, die für das gesamte Stadtgebiet anwendbar sind.

Herr Leisten:

Das kann man nicht einfach auf der nächsten SVV beschließen.

Herr Käthe:

Wir stellen den Antrag auf Vertagung. Wir stellen die Beschlussvorlage zurück und beraten auf der nächsten Sitzung. Die Ausschussmitglieder sehen sich die Straßen vorher an.

Frau Schreiber:

Der RSO soll seinen Job machen. Ich würde der Vertagung als Einreicher der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Czesky:

Ich bitte um Vorschlag eines Termins mit der Bürgermeisterin, um gemeinsam mit den Ortsvorstehern und dem RSO die Beschlussvorlage durchsprechen zu können.

Abstimmung zur Vertagung: 6 / 0 / 0

Herr Czesky berief um 21:09 Uhr eine Pause ein. Um 21:17 Uhr wurde die Sitzung fortgeführt.

## **zu 10      Beratung zur Geschäftsordnung bzw. Änderung der Geschäftsordnung**

Frau Schreiber:

Es muss überlegt werden, ob es eine Neufassung der Geschäftsordnung geben soll oder eine Änderungssatzung.

Herr Blanke:

Die neue Bürgermeisterin sollte sich ihre Geschäftsordnung selber geben können.

Frau Schreiber:

Es gibt die Möglichkeit einer Änderungssatzung hinsichtlich einer Doppelspitze und einer verlängerten Einwohnerfragestunde. Die derzeit gültige Geschäftsordnung wurde gemäß Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gefasst. Die Geschäftsordnung ist eine innere Satzung.

Herr Czesky:

Der Beratungspunkt kann immer wieder auf der Tagesordnung stehen. Wir sehen dann weiter.

**zu 11 Anträge von Fraktionen**

**zu 11.1 Antrag der Fraktion AfD, eingegangen bei der Stadt Zossen am 12.08.2019: Antrag der AfD-Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadt Zossen  
Vorlage: 082/19**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie folgt:*

*Der § 5 der Geschäftsordnung der Stadt Zossen wird um einen weiteren Punkt erweitert, hier (3). „In der Einwohnerfragestunde haben Einwohner das Recht, für einen späteren Zeitpunkt zu einer bestimmten Beschlussvorlage, Rederecht zu beantragen.“  
Die Geschäftsordnung ist entsprechend anzupassen.*

Herr Leisten begründet als Einreicher seinen Antrag.

Frau Schreiber:

Zur Erläuterung: Bisher war es immer der gute Wille des Ausschussvorsitzenden, wenn in den Ausschüssen den Einwohnern Rederecht zu einzelnen Tagesordnungspunkten erteilt wurde. Es handelt sich um kein verbrieftes Recht des Bürgers. Wenn die Geschäftsordnung dementsprechend geändert werden würde, hätte der Einwohner ein verbrieftes Recht, dieses Rederecht zu beantragen.

Die Ausschussmitglieder diskutierten ausführlich über diesen Antrag.

Herr Blanke, Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.

Frau Schreiber:

Ich weise darauf hin, dass der Einreicher noch einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung hatte (BV-Nr. 119/19).

Herr Leisten:

Die Geschäftsordnung soll in § 19 Abs. 2, Satz 2 wie folgt geändert werden: „... den Namen ~~des~~ der Fraktionsvorsitzenden,...“. Laut Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist eine Doppelführung der Fraktion vorgesehen.

Herr Czesky bittet in folgender Reihenfolge um Abstimmung:

1. Antrag über Doppelspitze (BV-Nr. 119/19): 3 / 0 / 3
2. Antrag zum Rederecht (BV-Nr. 083/19): 2 / 4 / 0

**zu 11.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 26.08.2019, eingegangen bei der Stadt Zossen am 27.08.2019: Plakatflut bei Wahlen begrenzen  
Vorlage: 085/19**

*Die Stadtverordnetenversammlung Zossen beschließt:*

- *Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge zu unterbreiten, mit denen die Zahl der Wahlplakate im Stadtgebiet auf eine Höchstzahl für jede Partei bzw. politische Gruppierung auf eine Höchstzahl reduziert werden kann.*
- *Die Vorlage soll Vorschläge beinhalten, wie Straßenlaternen kenntlich gemacht werden, die für die Plakatierung aus Verkehrssicherungsgründen nicht genutzt werden sollen.*
- *Die Vorlage soll zudem Vorschläge unterbreiten zum maximal zulässigen Format.*

Frau Graffunder begründet als Einreicherin den Antrag. Fraglich sei, ob eine Begrenzung der Plakate je Partei möglich wäre.

Frau Schreiber:

Es existiert eine Richtlinie dazu. Der Antrag ist so rechtlich nicht zulässig.

Frau Graffunder:

Antrag zur Geschäftsordnung auf Weiterführung der Sitzung auch über 22 Uhr hinaus.

Abstimmung dazu: 6 / 0 / 0

Frau Graffunder besteht trotz der von Frau Schreiber geäußerten Bedenken auf Abstimmung des Antrages.

Abstimmung: 4 / 2 / 0

**zu 11.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 06.08.2019, eingegangen bei der Stadt Zossen am 05.09.2019: Ausweisung Johnepark Zossen als verkehrsberuhigter Bereich bzw. als Spielstraße  
Vorlage: 090/19/01**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Johnepark in Zossen als einen verkehrsberuhigten Bereich bzw. als Spielstraße (Verkehrszeichen VZ 325) auszuweisen bzw. eine solche Ausweisung bei der zuständigen Behörde zu beantragen.*

Frau Graffunder begründet als Einreicherin den Antrag. Sie betont, dass der Johnepark aus der Anlage 1 der Beschlussvorlage Nr. 107/19 herausgenommen werden soll und somit gesondert beschlossen werden soll.

Nach mehrfachen Diskussionen und Hinweisen seitens Frau Schreiber, dass der Antrag so falsch formuliert sei und geändert werden soll, sagt die einreichende Fraktion DIE LINKE zu, den Antrag zur SVV neu zu formulieren und vorzulegen, wenn er heute empfohlen wird.

Abstimmung: 5 / 1 / 0

**zu 11.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23.08.2019, eingegangen bei der Stadt Zossen am 26.08.2019: Kooperationsvereinbarung des Landkreises zum Breitbandausbau in Zossen  
Vorlage: 083/19**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

- 1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zur kommenden Sitzung der SVV die Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Breitbandausbau zur Beschlussfassung vorzulegen.*
- 2. Die Stadtverwaltung wird ferner aufgefordert den Landkreis Teltow-Fläming darüber zu informieren, dass die Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Breitbandausbau den Stadtverordneten zur Beschlussfassung vorgelegt wird.*

Frau Graffunder:  
Der Antrag wird vom Einreicher zurückgezogen.

Herr Czesky schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:06 Uhr.

Um 22:07 Uhr war die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt.

### **Nicht öffentlicher Teil**

**zu 12 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 25.03.2019**

Es gibt keine Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift. Diese gilt damit als angenommen.

**zu 13 Bericht aus der Verwaltung**

- kein Bericht

**zu 14      Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Blanke:

Als ehemaliger Vorsitzender des RSO und langjähriger Stadtverordneter danke ich Frau Schreiber für ihre offene engagierte Mitarbeit. Ein herzliches Dankeschön.

Herr Käthe:

Es gibt einen sehr schönen Rad- und Wanderweg am Nottekanal. Vielleicht könnte der vor dem Winter nochmal von Laub befreit werden.

**zu 15      Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Czesky, schließt die Sitzung um 22:09 Uhr.

Thomas Czesky  
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich  
Protokollantin